Bericht aus Berlin – Nr. 13 vom 20. Mai 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Vielen mit Spannung erwartete „Kleine Bundestagswahl" – also die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – ist vorüber und sie brachte ein klares, und so nicht unbedingt vorherzusehendes Ergebnis: ***Die CDU mit Ministerpräsident und Spitzenkandidat Hendrik Wüst ist mit großem Abstand stärkste Kraft geworden.*** Genau 9 Prozentpunkte vor der SPD und nahezu doppelt so stark, wie die Grünen – damit müsste eigentlich jedem klar sein, wen die Wählerinnen und Wähler im größten deutschen Bundesland mit der Bildung einer Regierung beauftragt haben. Und diesen Auftrag gilt es nun auch klar anzunehmen und einem möglichen Führungsanspruch der SPD eine klare Absage zu erteilen. Trotz der massiven Unterstützung durch den Bundeskanzler und die Bundespolitik haben die Sozialdemokraten in ihrer so genannten „Herzkammer" ihr schlechtestes Ergebnis der Geschichte eingefahren. Im Gegensatz zur SPD profitieren die Grünen allerdings vom Rückenwind aus Berlin, denn ihre Bundesminister geben in der aktuellen Krise rund um den Ukrainekrieg zugegebenermaßen mit Abstand das beste Bild aller Ampel-Minister ab. Und die mehr oder weniger Nicht-Wahrnehmbarkeit der FDP kann auch im Ergebnis von vergangenem Sonntag wiedererkannt werden. Die Liberalen sind in der täglichen Regierungspolitik der Ampel schlicht nicht zu erkennen und erhalten nun auf vielen Ebenen die Quittung. Das schlechte Abschneiden der AfD und der Linken werte ich als gutes Signal für unsere Demokratie. Kurz zusammengefasst: **Meinen herzlichen Glückwunsch an Hendrik Wüst!**

Der große Wahlsieger Hendrik Wüst am Sonntagabend.
Bild: dpa

Diese Wahl war in gewisser Weise sicherlich auch eine ***Quittung für das desaströse Bild, das die „Ampel" in vielen Politikbereichen abliefert.*** Hiervon möchte ich ausdrücklich die Bereiche ausnehmen, in denen wir uns aktuell in einer Ausnahmesituation befinden – wie Äußeres oder Wirtschaft. Aber ***insbesondere in der Finanzpolitik verstrickt sich die Bundesregierung,*** in diesem Ressort unter der Führung des liberalen Bundesfinanzministers Christian Lindner, ***in Widersprüche.*** Zwar kündigt Lindner an, dass im nächsten Jahr die Schuldenbremse uneingeschränkt eingehalten wird, ist aber gleichzeitig für eine bisher nie dagewesene Neuverschuldung verantwortlich. Es verwundert daher wenig, dass Teile der Ampel-Koalition nun sogar die Abschaffung – oder zumindest eine längerfristige Aussetzung – der Schuldenbremse fordern. Hintergrund ist, dass viele Projekte, die im Koalitionsvertrag festgelegt wurden, extrem kostspielig sind. Interessant ist, dass Lindner in diesem Zusammenhang sogar von Steuersenkungen spricht, während SPD und Grüne dies ablehnen. Man darf nun also gespannt sein, ***wie die Bundesregierung das große Problem der Inflation bewältigen möchte.*** Bislang gibt es hierzu nur Einzelmaßnahmen und Ankündigen – ein Masterplan fehlt völlig. Aus diesem Grund haben wir als CDU/CSU-Fraktion in dieser Woche eine ***aktuelle Stunde unter dem Titel „Für einen klaren Kurs in der Finanzpolitik: Widersprüche beenden, Inflation bekämpfen, gerecht entlasten"*** einberufen. In dieser Debatte betonten wir vor allem, wie notwendig es ist, solide und nachhaltig zu wirtschaften. Denn ***wenn wir jetzt über unsere Verhältnisse leben, geht es stets zu Lasten kommender Generationen!*** Ich frage mich in diesem Zusammenhang allerdings immer wieder, warum diese Maxime von Vielen – gerade auch dem linken Politiklager – beim Klimaschutz als selbstverständlich angesehen wird, beim Umgang mit den Finanzen allerdings nicht. Zudem ist es auch nicht nachvollziehbar, ***dass viele Bedürftige – wie Rentner oder Studenten – bei der geplanten Entlastung schlicht vergessen werden.*** Was wir brauchen ist eine verlässliche Politik, die uns durch die aktuelle Krise bringt und keine in der Öffentlichkeit ausgetragenen Diskussionen, die sowohl innerhalb der Bundesregierung, aber insbesondere auch bei den Bürgerinnen und Bürgern für Unruhe und Verunsicherung sorgen. ***Wir setzen uns für eine verlässliche Unterstützung unserer Leistungsträger und vor allem für eine spürbare Entlastung für die Breite der Gesellschaft ein!***

Volker Mayer-Lay MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 74123 E-Mail: volker.mayer-lay@bundestag.de

Russischer Angriffskrieg erreicht statt seiner eigentlichen Ziele das Gegenteil – und stärkt die NATO

Immer wieder wurde und wird dem westlichen Militärbündnis, der NATO, von russischer Seite eine Mitschuld am Krieg in der Ukraine gegeben. Man „müsse sich gegen die Aggression des Westens verteidigen“ heißt es beispielsweise in der Moskauer Propaganda. Dass es ***nie eine Aggression des Westens gab und sich die osteuropäischen NATO-Mitglieder aus freien Stücken für eine Mitgliedschaft im transatlantischen Verteidigungsbündnis entschieden haben,*** ist in weiten Teilen der Öffentlichkeit unstrittig. Es ist absolut nachvollziehbar, dass sich zahlreiche Länder des ehemaligen Warschauer Pakts, wie Polen, Tschechien oder Ungarn, von der jahrzehntelangen russischen Bevormundung emanzipieren wollten. Und sie hatten und haben auch alles Recht dazu. Schließlich ist das – stets besonders gerne von Russland selbst zitierte – ***Selbstbestimmungsrecht der Völker keine Einbahnstraße***, die nur für Länder befahrbar ist, wenn Russland es ihnen genehmigt. Daher ist es auch für Russland sicher unangenehm, aber zu akzeptieren, dass nun auch die bisher neutralen skandinavischen Länder Schweden und Finnland genau denselben Schritt wie die osteuropäischen Länder gehen und in dieser Woche einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO gestellt haben. Somit hat Putin durch sein aggressives Auftreten etwas geschafft, was noch vor einem halben Jahr undenkbar gewesen wäre***. Ich persönlich unterstütze die Entscheidung Finnlands und Schwedens*** und bin mir sicher, dass auch die Türkei bzw. Präsident Erdogan die NATO-Erweiterung nicht dauerhaft Dauer blockieren. Interessant wird allerdings die Gegenleistung sein, die der türkische Präsident letztlich für seine Zustimmung fordern wird. Erdogan selbst ist kein Demokrat – das muss uns allen klar sein. Allerdings ist die Türkei in der aktuellen Krise sehr wichtig und das ist Erdogan voll bewusst. ***Er nutzt die Situation eiskalt berechnend aus, um den Preis hochzutreiben und das Beste für sich herauszuholen***. Leider ist es nicht das erste Mal, dass sich Mitglieder einer Gemeinschaft derartig verhalten – siehe auch Ungarn bei den EU-Sanktionen gegen Russland.

Wir am See

Parlamentarischer Abend des Brüsseler Kreises – mit der Stiftung Liebenau

Nach sehr langer, corona-bedingter Auszeit, nimmt der parlamentarische Alltag langsam immer mehr an Fahrt auf. So gibt es inzwischen auch wieder Abendveranstaltungen, so genannte ***Parlamentarische Abende.*** Am Dienstag dieser Woche war ich zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Quo Vadis Sozialstaat“, zu welcher der ***Brüsseler Kreis, in dem auch die Stiftung Liebenau aus Meckenbeuren Mitglied ist,*** eingeladen hatte. Dabei wurde deutlich, dass sowohl die Auswirkungen der Corona-Pandemie als auch die Folgen des aktuellen Kriegs in der Ukraine unser Sozialsystem belasten und soziale Einrichtungen wie die Stiftung Liebenau, insbesondere auch beim Neu- und Umbau von Gebäuden, vor große Herausforderungen stellen. Nach einem Impulsvortrag hierzu bestand dann im Rahmen einer Diskussionsrunde die Gelegenheit, diese Themen detailliert anzusprechen.

Mit Dr. Nachbaur und Dr. Broll von der Stiftung Liebenau in der Parlamentarischen Gesellschaft

Jahresempfang des Deutschen Bundeswehrverbands in Pfullendorf

Anfang dieses Monats fand der Jahresempfang des ***Landesverbandes Süddeutschland des Deutschen BundeswehrVerbandes in Baden-Württemberg*** im Soldatenfreizeitheim "Haus Linzgau" in Pfullendorf statt. Beherrschendes Thema des Jahresempfangs war natürlich der russische Einmarsch in der Ukraine und die großen Auswirkungen dieses Krieges auf die Deutschen Streitkräfte. Dabei waren sich alle Beteiligten in einer Sache einig: ***„Ausrüsten statt Aufrüsten“ heißt das Gebot der Stunde!*** Die Bundeswehr muss wieder fit gemacht werden, um genügend Abschreckungspotential zu entfachen. Das muss die zentrale Lehre des aktuellen Konfliktes sein. Hierzu bedarf es einerseits natürlich vor allem einer zumindest ausreichenden ***Menge an gutem und einsatzfähigem Material.*** Andererseits sind aber auch ***hochspezialisierte Soldaten*** unabdingbar, nicht nur für den traditionell-militärischen Einsatz, sondern beispielsweise auch für den Cybereinsatz. Die nun von der Bundesregierung bzw. zuerst von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigten 100 Milliarden Euro sind hierbei ein erster wichtiger Schritt. Ob nun in Form eines separaten Sondervermögens oder auf andere Art und Weise – wichtig ist, dass dieses Geld zielgerichtet bei der Bundeswehr ankommt und auch für die beschriebenen Zwecke genutzt wird. Es war eine gelungen Veranstaltung. Auf dem Bild neben mir, von links: Roland Pudimat (Reservistenkameradschaft Oberer Linzgau); Thomas Kroll (Traditionsverband Artillerieregiment 10) und Dieter Harry Maier (Reservistenverband, Kreisgruppe Bodensee-Oberschwaben).

Zu Gast beim Deutschen BundeswehrVerband im Haus Linzgau in Pfullendorf

Volker Mayer-Lay MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 74123 E-Mail: volker.mayer-lay@bundestag.de

Wir am See

Antrittsbesuch beim Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen

Vor kurzer Zeit traf ich mich zu einem Antrittsbesuch im Häfler Rathaus ***mit Oberbürgermeister Andreas Brand.*** In unserem umfangreichen und aufschlussreichen Gespräch tauschten wir uns insbesondere über ***aktuelle Themen und Herausforderungen für die Stadt Friedrichshafen sowie für die Kommunen im Allgemeinen*** aus. Schwerpunkte unseres Gedankenaustauschs waren dabei beispielsweise die massiven Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Stadt und den gesamten Bodenseeraum. Aber auch die weitere Stadtentwicklung in der größten Gemeinde bzw. Stadt im Wahlkreis. Darüber hinaus diskutierten wir die Lage der Wirtschaft – gerade mit Blick auf die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs – und wie es uns allen gelingen kann, den ***Verkehr in der Stadt und der Region mit möglichst nachhaltigen Lösungen weiterzuentwickeln. Dabei stehen besonders die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn und der weitere – dringend notwendige – Ausbau der Bundesstraßen*** im Mittelpunkt. Aber auch die zentrale Zukunftsaufgabe der Digitalisierung nahm einen größeren Platz in unserem umfassenden Treffen ein. Dabei möchte ich auch betonen, wie wichtig mir der persönliche Austausch mit den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern in meinem Wahlkreis ist. Aktuell stehe ich – auch corona-bedingt – noch am Beginn meiner Reihe von Antrittsbesuchen im gesamten Wahlkreis, die ich in naher Zukunft fortsetzen werde. Denn ich möchte ***aus erster Hand und unmittelbar vor Ort erfahren, wo aus der Sicht der Kommunen der Schuh drückt!***

Mit Oberbürgermeister Brand im Friedrichshafener Rathaus

Fakten und Meinungen

Weitere Themen der Woche

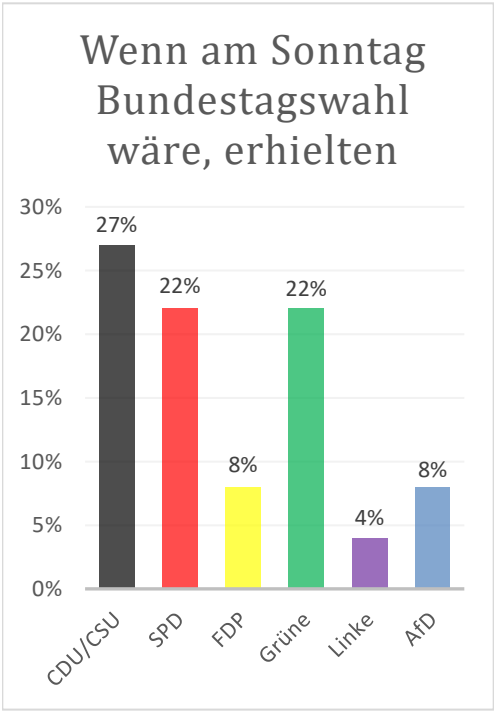
9-Euro-Nahverkehrs-Ticket beschlossen, aber Fragen bleiben

Der Bundestag hat am gestrigen Abend das so genannte ***9-Euro-Ticket*** beschlossen. Konkret wurden durch die Annahme eines Gesetzentwurfs die Regionalisierungsmittel – also der ***Zuschüsse des Bundes an die Länder für den öffentlichen Nahverkehr – für dieses Jahr nochmals um 3,7 Milliarden Euro erhöht***. Davon sind 1,2 Milliarden € für den Ausgleich pandemiebedingter finanzieller Nachteile und 2,5 Milliarden € für die Umsetzung des „9 für 90“ bzw. 9-Euro-Tickets vorgesehen. Das Ansinnen an sich ist gut, allerdings machten wir ***in einem Antrag Verbesserungsvorschläge:*** ergänzend zum 9-Euro-Ticket müssen wir auch ***Bus-, Bahn- und Taxiunternehmen entlasten.*** Zudem entstehende Zusatzkosten müssen darüber hinaus durch den Bund als Initiator des 9-Euro-Tickets getragen werden.

Leitantrag zur Planungs- und Investitionssicherheit beim Bauen

Das Wohnen in den eigenen vier Wänden bleibt für viele Menschen in unserem Land ***Ausdruck von Selbstverwirklichung und individueller Freiheit*** – und dient zudem auch der Altersvorsorge. Dabei sollte es selbstverständlich sein, dass es den Menschen nicht verwehrt sein darf zu bauen, nicht nur den wohlhabenderen Teilen der Gesellschaft. Dies scheinen allerdings leider nicht alle Volksvertreter so zu sehen. Denn hierfür brauchen wir, neben weiteren Entlastungen für Bauherren, vor allem ***Planungs- und Investitionssicherheit.*** Insbesondere darf es derartige Vertrauensbrüche, wie den plötzlichen Stopp der Förderung für klimafreundliches Bauen der KfW-Bank durch das Bundeswirtschaftsministerium, nicht geben. Neben der Forderung nach Verlässlichkeit schlugen wir in unserem Antrag zudem auch einen ***Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer*** vor.

AKTUELLE UMFRAGE
„Wäre am Sonntag Wahl!“



Quelle: Forsa, 17.05.2022

Zitat der Woche

„Stattdessen versprechen Sie der Ukraine den Flakpanzer „*Gepard*“,…für dieses Waffensystem gibt es überhaupt keine Munition.“
Der CDU-Vorsitzende und Oppositionsführer Friedrich Merz gestern als Reaktion auf Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz .

Kleine Terminauswahl

Sa., 21.05.2022	**Kreisparteitag der CDU Bodenseekreis in Friedrichshafen-Ettenkirch.**
Mo., 23.05.2022 und Mi., 25.05.2022	**Vorträge und Gespräche mit Schülern mehrerer Schulen zum EU-Projekttag.**
In Kalenderwoche 21	**Veranstaltungen der CDU in Uhldingen-Mühlhofen, Pfullendorf und Langnau-Laimnau.**
Mo., 30.05.2022 bis Fr., 03.06.2022	**Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin.**